

1 Im Zeitalter der neuen Technologien: Freiheit, Privatsphäre & uns schützen!

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

3 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

4 **Umgang, Einsatz und Auswirkungen von neuen Technologien allgemein:**

5 Neue Technologien bieten vielfältige Möglichkeiten unser gesellschaftliches Miteinander neu zu
6 gestalten. Sie können jedoch keine pauschale Lösung anbieten. Vor dem staatlichen Einsatz einer
7 neuen Technologie muss fallspezifisch für jede Einzelne abgewogen werden, ob die Anwendung der
8 Technologie eine Verbesserung zum Status Quo darstellt. Dabei sollten folgende fünf Punkte bedacht
9 werden:

10 1) Neue Technologien bieten oft vermeintlich einfache Antworten auf komplexe Fragen und können
11 somit politisch gut vermarktet werden. In der medialen Darstellung mag ein Schlagwort die „Lösung“
12 darstellen, in der Realität greifen diese jedoch oft zu kurz. So werden zum Beispiel
13 Vorratsdatenspeicherung zur Bekämpfung von Terror und Videoüberwachung gegen Drogen- und
14 Bandenkriminalität präsentiert. Es ist offensichtlich, dass dies negative Erscheinungen komplexer
15 gesellschaftlicher Prozesse sind, die nicht durch eine einzelne plakative Maßnahme gelöst werden
16 können. Es wird vergeblich probiert, mit technischen Ansätzen soziale Probleme zu lösen. Allenfalls
17 tragen diese Maßnahmen jedoch zur Bekämpfung der oberflächlichen Symptome bei.

18 2) Neue Technologien produzieren Daten und erlauben es, diese zu extrahieren, zu verarbeiten,
19 auszuwerten und zu manipulieren. Wenn diese Daten einmal vorhanden sind, ist es sehr schwer ihren
20 Missbrauch zu verhindern. Zum Einen kann nicht erfasst werden, welche Informationen tatsächlich
21 gespeichert und verarbeitet werden. Es existieren zwar Regeln und Kontrollorgane (Parlament,
22 Verfassungsgericht), um das Überschreiten von Zuständigkeiten wie den unerlaubten Eingriff in die
23 Privatsphäre und Datenschutz-Verletzungen zu verhindern. Jedoch ist es faktisch technisch unmöglich
24 den Daten-Zugriff zielfokussiert zu begrenzen. Dies führt dazu, dass in aller Regel mehr Daten als nötig
25 erhoben werden und der Bürger darauf vertrauen muss, dass die Behörden die Daten nicht
26 unzweckmäßig verwenden. Zum Anderen können einmal vorhandene Daten durch Sicherheitslücken
27 in falsche Hände geraten bzw. bei Verschiebung der vorherrschenden politischen Interessen oder
28 einem Regime-Wechsel missbraucht werden. Da es keine Garantie gibt, dass mit den heute
29 gespeicherten Daten in zehn Jahren nach den jetzigen Vorstellungen umgegangen wird, müssen
30 Strukturen aufgebaut werden, die das Speichern unnötiger Daten verhindern (Grundsatz der
31 Datensparsamkeit).

32 Mit immer mehr Informationen, die den Behörden zur Verfügung stehen, steigt die
33 Wahrscheinlichkeit, dass sich darunter etwas Belastendes befindet. So könnte z.B. aus der
34 Bekanntschaft mit Personen aus vermeintlichen „Risikogruppen“ ein Verdachtsmoment konstruiert
35 werden. Dies würde ermöglichen, hiermit bei sehr viel mehr Menschen einen signifikanten
36 Grundrechtseingriff zu rechtfertigen. Die ursprüngliche Unschuldsvermutung wäre ausgesetzt.

37 Wir sehen einen Wandel von repressiven (aufklärende) zu präventiven (vorbeugenden) polizeilichen
38 Maßnahmen. Hierbei stützen sich die präventiven Maßnahmen auf Daten und Algorithmen und nicht
39 auf tatsächliche und individuelle Indizien. Die Gefahr ist, vor allem bei komplizierten Algorithmen, dass
40 Verdachtsmomente und Grundrechtseingriffe nicht auf Fakten, sondern auf Statistik und
41 Wahrscheinlichkeiten beruhend geschehen. Unbescholtene Verdächtige sind also unausweichlich.

42 3) Ein Technologie-Optimismus lässt sich beobachten, welcher sich im blinden Vertrauen in die Technik
43 äußert. Insbesondere wenn eine neue Technologie es erlaubt, Zeit, Geld und Arbeitsaufwand zu
44 sparen, wird sie vermehrt in Behörden und entscheidenden Gremien genutzt, auch wenn sie formell
45 nicht für den spezifischen Einsatzfall zugelassen ist. Die gefühlte Objektivität und Unanzweifelbarkeit
46 einer durch den Computer empfohlenen Entscheidung führt insbesondere gepaart mit Zeitdruck zur
47 Umsetzung der Handlungsempfehlung ohne weitere Plausibilitätsprüfung. Dies führt zu fatalen
48 Fehlentscheidungen wie z. B. der unrechtmäßigen Abschiebung eines Kurden aus dem Irak, bei dem
49 eine Spracherkennungssoftware zur Identitätsfeststellung genutzt wurde, obwohl diese seine
50 Muttersprache nicht im Repertoire hatte. Ein positives Ergebnis war also von vorneherein
51 ausgeschlossen.

52 4) Digitale Ansätze erfordern meist ein hohes Abstraktionslevel, weshalb es vielen Bürger*innen
53 schwer fällt, inhaltlich der öffentlichen Diskussion zu folgen oder sich zu beteiligen. Viele Menschen
54 fühlen sich überfordert, und denken, ihr technisches Wissen reiche nicht, um an der Diskussion
55 teilzunehmen. Die Auswirkungen des Technologie-Einsatzes betreffen jedoch Jede*n, weshalb es
56 wichtig wäre, Menschen durch digitale Bildung solche Fähigkeiten zu verleihen, aber auch
57 Bürger*innen mit Alltagswissen einzubeziehen. Hinzu kommt, dass es (noch) wenig Nicht-
58 Regierungsorganisationen gibt, die sich mit den Auswirkungen von Technik auf unsere Gesellschaft
59 befassen und deshalb negative Folgen von neuen Technologien selten erkannt und thematisiert
60 werden. In einer lebendigen Demokratie müssen alle Seiten ausreichend vertreten sein. Vor diesem
61 Hintergrund ist es besonders wichtig, die Empfehlungen von Expert*innen (z.B. CCC) bzgl. neuer
62 Technologien und deren Einsatz in den politischen Entscheidungsprozess aufrichtig einzubeziehen.

63 5) Desweiteren sind die gesellschaftlichen Folgen vom Einsatz neuer Technologien schwer im Vorhinein
64 abzusehen. So reproduzieren und verfestigen beispielsweise Machine-Learning Algorithmen
65 bestehende Machtstrukturen. Hinzu kommt, dass unbekannt ist, wie diese Algorithmen zu ihren
66 Ergebnissen kommen. Dies widerspricht unserem Verständnis von Rechtsstaat, in dem jegliche
67 Verurteilung bzw. Verdächtigung auf realen Beweisen beruhen muss und nicht aufgrund statistischer
68 Wahrscheinlichkeiten aufgemacht werden darf.

69 Aus den genannten Gründen halten wir eine gewisse Skepsis gegenüber neuen Technologien und
70 kritisches Hinterfragen der Notwendigkeit ihres Einsatzes für unbedingt notwendig. Wir dürfen auf
71 keinen Fall in einen Technologie-Optimismus verfallen und diesen für politische Zwecke nutzen ohne
72 tiefergehend über Konsequenzen nachgedacht zu haben. Die obige Auflistung ist allgemein formuliert
73 und da jede Technologie spezifische Risiken birgt, muss jeder Punkt im Einzelfall vor dem Einsatz einer
74 neuen Technologie umfangreich geprüft werden.

75 **Risiken und Nebenwirkungen von Videoüberwachung:**

76 In Berlin kann derzeit eine hohe Aufmerksamkeit für das Thema Videoüberwachung beobachtet
77 werden, die mit einem scheinbaren Rückhalt für die Technologie von großen Teilen der Bevölkerung
78 einhergeht. Dieser Befürwortung trägt allerdings und spiegelt unserer Meinung nach nicht die
79 Auffassung der Mehrheit der Bevölkerung dar. Vielmehr wird durch geschickte Wortwahl ein
80 generelles Unsicherheitsgefühl der Bürger*innen emotional umgedeutet und damit ein hohes Maß an
81 Zustimmung erreicht. Es wird hier also eine vermeintlich simple Antwort als Patentlösung für ein
82 komplexes Problem präsentiert. Allerdings wird die angesprochene Unsicherheit auf einen sehr eng
83 gefassten Sicherheitsbegriff reduziert, der lediglich auf Straftaten im öffentlichen Raum konzentriert
84 ist. Jedoch sind ein Großteil der existenten Bedrohungen für das subjektive (Zukunfts)sicherheitsgefühl
85 der Bürger*innen nicht Straftaten, sondern viel alltägliche Ängste, wie die Angst vor Arbeitslosigkeit
86 oder Wohnraumverdrängung, wie auch bereits im Entwurf des Beschlusstextes „Sicher leben in Berlin

87 – wir wollen Urbane Sicherheit!“ festgehalten. Wir befürworten deshalb diesen allumfassenderen
88 Sicherheitsbegriff von „Urbaner Sicherheit“, der tatsächliche Ängste der Bevölkerung besser aufgreift.

89 Zum Sicherheitsbegriff gehört auch die Sicherheit vor willkürlichem Eingriff in die eigenen Rechte und
90 die Privatsphäre durch den Staat.

91 Die Berliner SPD hat dabei bereits erkannt, dass die Bekämpfung von Straßenkriminalität hierbei nur
92 die Symptombekämpfung ist, es aber eigentlich einer Beseitigung der sozialen Ursachen bedarf. Um
93 handlungskompetent zu wirken, wird häufig jedoch weiterhin publikumswirksamen an dieser
94 Symptombekämpfung gearbeitet. Das Ausnutzen des großen Begriffs der Sicherheit für einen so stark
95 verkürzten Anteil daran wurde unter anderem durch PR-Aktionen der Initiative für einen
96 Volksentscheid für mehr Videoüberwachung erfolgreich als Gegenstand einer öffentlichen Debatte
97 gesetzt und als Lösung für ein Sicherheitsproblem propagiert. Dieser Einschränkung des
98 Sicherheitsbegriffs muss die Berliner SPD weiterhin entgegenwirken, da sie verkürzt, aber
99 öffentlichkeitswirksam ist und die wahren Ursachen des Unsicherheitsgefühls verkennt. Die SPD darf
100 diese Argumentation nicht einfach so übernehmen, sondern muss klarstellen, dass es sich dabei um
101 Populismus handelt, der die eigentlichen Probleme und Unsicherheiten der Menschen nicht anfasst.

102 Natürlich ist die Verhinderung von Straftaten ein legitimes Interesse der Bürger*innen gegenüber dem
103 Staat. Auch die Jusos Berlin wünschen sich eine Reduzierung der Kriminalität. Viel besser geeignet als
104 Videoüberwachung zur Erreichung dieses Ziels sind jedoch andere Maßnahmen. Man könnte zum
105 Beispiel Community Policing in Erwägung ziehen.

106 Das Ausbauen von Videoüberwachung bedeutet einen massiven Eingriff in die Persönlichkeitsrechte
107 [1] und die Privatsphäre. Privatsphäre gilt es nicht nur zu schützen, weil dieses Grundrecht im
108 Grundgesetz verankert ist, sondern auch weil eine verschwindende Privatsphäre zu mehr Konformität
109 und im Extremfall einem Stillstand gesellschaftlicher Weiterentwicklung führt. Das große Paradoxon
110 der Videoüberwachung ist, dass seit Jahren eine Grundrechtsbescheidung zu Gunsten der
111 Videoüberwachung zu beobachten ist, obwohl die Wirksamkeit der Videoüberwachung zur
112 Verbrechensverhinderung– oder Aufklärung nicht wissenschaftlich belegt ist [2]. Das Risiko eines
113 Missbrauchs der Daten, ein dauerhaftes Gefühl der Überwachung, Grundrechtseinschränkungen im
114 Bereich der Bewegungs- und Meinungsfreiheit, die Begrenzung des Rechts auf Privatsphäre und die
115 Gefahr eines falschen Alarms überwiegen den geringen Beitrag zur Aufklärung bei Weitem. Wir opfern
116 also die Grundpfeiler unserer Demokratie für ein Instrument, dessen objektiver Nutzen nicht gegeben
117 ist. Wir möchten klar festhalten, dass die Risiken und Nebenwirkungen, die mit dem Einsatz von
118 Videoüberwachung einhergehen und die Einschnitte in die Grundrechte von Bürgern nicht
119 gerechtfertigt sind. Im Ergebnis ist die Videoüberwachung also wenig geeignet zur
120 Kriminalitätsbekämpfung. Sie ist weder erforderlich noch angemessen.

121 Wurde anfangs damit argumentiert, dass Videoüberwachung ein wirksames Mittel zur
122 Verbrechensvorbeugung und –bekämpfung sei, bezweifelt heute auf direkte Nachfrage keiner mehr,
123 dass Videoüberwachung letztlich nur verdrängende Effekte zeigt und möglicherweise das subjektive
124 Sicherheitsgefühl erhöht. Dennoch werden Forderungen danach nicht hinterfragt.

125 Dass Videoüberwachung sich insbesondere in der Politik dennoch hoher Sympathie erfreut, liegt
126 unseres Erachtens zum Einen daran, dass sie gut vermarktet werden kann. Ein einziges Verbrechen,
127 dass mit Hilfe von Kameraaufnahmen aufgeklärt werden konnte, übertrumpft medial die hohe Anzahl
128 ungelöster Fälle und verzerrt so das Bild der Wirklichkeit. Zum Anderen liefert sie den Entscheidern
129 mehr Befugnisse und Informationen. Es besteht also ein gewisses Eigeninteresse des Staates an mehr
130 Videoüberwachung.

131 **Wir fordern eine aufrichtige Politik, die den Mut hat über die wirkliche Wirksamkeit und den wahren**
132 **Wert von Videoüberwachung zu sprechen und gleichzeitig Schutzrechte des*der Bürger*in**
133 **gegenüber dem Staat hoch genug hält sie dafür nicht zu beschneiden. Wir erwarten eine Politik, die**
134 **den Wert der Grundrechte verteidigt und klar stellt, dass politische Sicherheit und Stabilität nur**
135 **durch die Sicherung einer starken und emanzipierten Position der Gesellschaft erfolgen kann.**

136 **Wir sind nicht bereit Grundrechte abzugeben, um ein subjektives Sicherheitsgefühl von Teilen der**
137 **Bevölkerung zu stärken, das aus sozialen Unsicherheiten entspringt und real durch**
138 **Videoüberwachung nicht verbessert werden kann.**

139 Weiterhin gibt es die Forderung nach pauschalen Gesetzen, sodass die eingesetzten
140 Überwachungsformen immer auf das technisch aktuell Machbare ausgeweitet werden sollen. Durch
141 diese Bestrebung, Überwachung pauschal auszuweiten, wie es nur technisch möglich ist, verlieren wir
142 die Fähigkeit, die einzelnen Maßnahmen auf Folgen und Tauglichkeit kritisch zu überprüfen. Die von
143 uns oben dargelegte Einzelfallprüfung könnte und würde demnach nicht mehr stattfinden, stattdessen
144 könnte die Exekutive unbemerkt von der Öffentlichkeit neue Instrumente einführen. Für die
145 Bevölkerung wäre demnach nicht klar ersichtlich, unter welchen Umständen sie fälschlicherweise in
146 Verdacht geraten würden. Dies widerspricht zum Einen unseren Freiheitsrechte, weil Bürger*innen
147 das Recht haben müssen, in ihrem Verhalten und ihren Äußerungen nicht befürchten zu müssen, dass
148 man diese fälschlicherweise als verdächtig verstehen kann. Zum Anderen verstärkt es ein diffuses
149 Gefühl des Überwachtwerdens. Grundlegende Freiheiten, wie Demonstrationsrecht und
150 Bewegungsfreiheit, sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung, würden dann nicht mehr
151 unbefangen wahrgenommen werden können. Außerdem wird es dem Individuum nahezu unmöglich
152 gemacht, sein Recht auf informationelle Selbstbestimmung wahrzunehmen. Eine pauschalisierte
153 Zustimmung zu neuen Technologien ist demnach unbedingt zu vermeiden. Hierbei sollte auch die
154 Möglichkeit der (Aus-)Nutzung und Verarbeitung der Daten in Zukunft z.B. bei veränderter politischer
155 Lage oder Verschiebung unserer heutigen freiheitlich-demokratischen Werte beachtet werden (s.
156 oben).

157 Der Einsatz von Technologien die über die reine Videoaufzeichnung hinaus gehen, lassen sich heute
158 anhand von der Auswertung gespeicherter Daten mit Hilfe von Gesichtserkennungssoftware, aber
159 auch der Echtzeitanalyse im Rahmen sogenannter intelligenter Kameras beobachten. Hieran können
160 potenzielle Gefahren für zukünftige Entwicklungen erahnt werden. Ein Beispiel ist das Berliner
161 Pilotprojekt am S-Bahnhof Südkreuz, bei welchem Passant*innen mit einer biometrischen Datenbank
162 abgeglichen und automatisch identifiziert werden. Wenn solch „intelligente“ Kameras flächendeckend
163 eingesetzt werden, können ganze Bewegungsprofile von Menschen erstellt werden und Jahrzehnte
164 lang gespeichert werden. Ein Recht auf Anonymität und informationelle Selbstbestimmung ist dann
165 nicht mehr gegeben. Von Bewegungsfreiheit kann nicht mehr die Rede sein, da es keine Möglichkeit
166 sich der Überwachung (und Verdächtigung) zu entziehen. Die legalisierte Möglichkeit der
167 massenhaften Identifizierung in Echtzeit ist ein enormer Schritt hin zu einem Überwachungsstaat.
168 Aufgrund der Unsicherheit wie die Daten ausgewertet werden und der potenziell unsicheren
169 Speicherung dieser höchst persönlichen Daten beginnt das Problem des Datenschutzes bereits bei der
170 Datensammlung und nicht erst bei Auswertung. Das oberste Gebot zum Schutz der Bürgerrechte sollte
171 also Datensparsamkeit sein.

172 Ein weiteres grundlegendes Problem solcher intelligenter Systeme ist es, dass sie auf lernfähigen
173 Algorithmen basieren, bei denen selbst dem Programmierer keine klare Grenze zwischen verdächtig
174 und unverdächtig bekannt ist. Verhalten und Verdachtsmomente werden aufgrund statistischer
175 Methoden vom Algorithmus erlernt und schließlich zur Entscheidung zwischen verdächtig und nicht

176 verdächtig unterschieden. Dabei sind Algorithmen sind nicht objektiv, sondern verstärken bestehende
177 Muster der Ungleichheit in der Gesellschaft. Die Beurteilung durch die im Moment eines
178 Verdachtsmoments alarmierte Polizei unterliegt dem Bias der Entscheidungsempfehlung des Systems.
179 Im Zweifel wird es schwierig sein die eigene Unschuld zu beweisen, nachdem man vom intelligenten
180 System als auffällig eingestuft wurde. Es muss unbedingt verhindert werden, dass wir die
181 Unschuldsvermutung aufgeben und Menschen stattdessen aufgrund von Statistik und unklaren
182 Entscheidungskriterien verdächtigen. Welche große Zahl von Falschverdächtigungen, die im
183 besonderen und wiederholenden Maße Personen und Minderheiten treffen wird, die von
184 durchschnittlichen Verhaltensmustern abweichen, kann am Beispiel des Pilotprojekt Südkreuz erahnt
185 werden. Hier wurde eine Erkennungsquote von 70% bejubelt. Dem entgegen steht eine Fehlerquote
186 von 1%, d.h. jeder 100. Passant wird fälschlicherweise als verdächtig erkannt (false-positive-
187 Paradoxon). Bei 100.000 passierenden Personen am Tag, bedeutet das bis zu 1000 fehlerhafte
188 Verdächtigungen am Tag. Dem nachzugehen ist zum Einen nicht umsetzbar, weshalb die Technologie
189 faktisch nicht genutzt werden kann. Weiterhin würde es zu einer unnötigen Mehrbelastung für die
190 Polizei führen. Zum Anderen bedeutet dies einen schleichenden Demokratieabbau, da immer kleinere
191 auffällige Verhalten als Vergehen gewertet werden und zu einer Rechtfertigung gegenüber
192 Staatsorganen verpflichtet.

193 Abschließend lässt sich noch einmal betonen, dass Videoüberwachung keinen Einfluss auf die Anzahl
194 verübter Straftaten hat, sondern lediglich auf das subjektive Sicherheitsempfinden [3]. Es ist somit
195 Augenwischerei gegenüber dem*der Bürger*in mit einer realen Erhöhung der Sicherheit zu
196 argumentieren. Stattdessen ist eine Absenkung der Zivilcourage zu erwarten, da Menschen
197 fälschlicherweise annehmen werden, die Kameras würden verlässlich eine gefährliche Situationen
198 erkennen, analysieren und die Sicherheitskräfte alarmieren. Wenn es also nur darum geht das
199 subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen zu stärken, müssen Maßnahmen gefunden werden, die
200 weniger Freiheitsrechte beschneiden und nicht an den Grundwerten unserer Demokratie rütteln.

201 Wir fordern daher von der SPD eine deutliche und mutige Aussage über die Nichtwirksamkeit von
202 Videoüberwachung sowie dem Hochhalten und Betonen der Wichtigkeit von Grundrechten für unser
203 erhaltenswertes politisches System. Wir fordern einen rationalen Umgang mit tatsächlichen
204 Gefahrenpotenzialen. Wir schlagen folgende Maßnahmen, zur Förderung eines Sicherheitsgefühls,
205 also zur akuten und reaktionären Symptombekämpfung vor:

- 206 1. Community-Policing (s. Antrag 152/I/2018 zum 1. Landesparteitag der SPD 2018) verringert
207 durch einen gesamtgesellschaftlichen Präventivansatz Kriminalität und Ordnungswidrigkeiten
208 und erhöht durch kontinuierliche Kommunikation und gemeinsame Zielsetzungen das
209 Sicherheitsgefühl der Bürger*innen. Community-Policing kann dementsprechend eine
210 sinnvolle Maßnahme sein, das Vertrauen in die eigene Umgebung zu stärken. Gleichzeitig muss
211 die Polizei aufgestockt werden.
212
- 213 2. Mehr Beleuchtung steigert das subjektive Sicherheitsempfinden, insbesondere von Frauen. So
214 wird ihrem „Rückzug aus dem öffentlichen Raum und [einer] Einschränkung ihrer Mobilität“
215 entgegengewirkt. [4] Auch wenn keine Senkung der Verbrechensrate, so sind zumindest
216 Verdrängungseffekte zu erwarten. Es wird also genau das erreicht, was von
217 Videoüberwachung im besten Fall zu erwarten ist, ganz ohne Einschränkung der
218 Freiheitsrechte und pauschaler Verdächtigung.

219 Wie wir bereits in den analysierenden Eingangsworten betont haben, sollte es jedoch nicht bei diesen
220 Symptom-bekämpfenden und verdrängenden Maßnahmen bleiben. Stattdessen gilt es den wahren
221 Unsicherheiten der Menschen zu begegnen sowie die Ursachen für die Kriminalisierung von Menschen

222 zu beseitigen um nachhaltige Maßnahmen für eine soziale Sicherheit, ein gutes Miteinander und eine
223 partizipatorische Stadtgesellschaft zu treffen.

- 224 1. Wie im Entwurf des Beschlusstextes „Sicher leben in Berlin – wir wollen Urbane Sicherheit!“
225 Koalitionsvertrag schon richtig festgehalten, möchte wir die dort vorgeschlagenenen
226 Maßnahmen zur Bekämpfung sozialer Unsicherheit nur bekräftigen und dazu auffordern, diese
227 auch wirklich umzusetzen. Es müssen also die eigentlichen Probleme und Unsicherheiten der
228 Bürgerinnen aufgedeckt und angepackt werden. Dabei denken wir insbesondere an die Angst
229 um eine gesicherte Zukunft, eine gerechte Entlohnung, Stärkung der Arbeitnehmerrechte,
230 Förderung sinnstiftender Maßnahmen für Kinder- und Jugendliche, frühzeitige digitale
231 Bildung, Abschaffung der nicht legitimen Sanktionen im Hartz 4 System sowie eine soziale
232 Steuerung des Wohnungsmarkts.
233 Gleichzeitig muss eine klarere ablehnende Position gegenüber Videoüberwachung und eine
234 Grundrechts-bejahende Postition bezogen werden.
- 235 2. Wir fordern eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammengehörigkeitsgefühls und vor allem
236 der Zivilcourage, die insbesondere auch in Situationen von Alltagskriminalität von Nöten ist.
- 237 3. Wir fordern eine Entkriminalisierung bereits marginalisierter Personen und Gruppen und
238 stattdessen unabhängige Unterstützung für eben diese.

239 Abschließend wollen wir festhalten, dass technische Überwachungsmaßnahmen weniger wirksam
240 sind, als von ihren Befürworter*innen behauptet. Begleitend mit ihrer Ausweitung entstehen
241 unverhältnismäßig starke negative Effekte für Gesellschaften. Überwachungsmaßnahmen bekämpfen
242 lediglich die Symptome tiefer liegender gesellschaftlicher Probleme. Maßnahmen, die diesen
243 Symptome mindestens genauso gut, wenn nicht besser entgegnetreten können, sind eine andere
244 Polizeiarbeit und mehr Beleuchtung in der Öffentlichkeit. Das grundlegende Unsicherheitsgefühl
245 beseitigen kann jedoch nur eine Lösung der tieferliegenden Probleme.

246 **Begründung**

247 Erfolgt mündlich.

Quellen

[1]https://www.netzwerk-datenschutzexpertise.de/sites/default/files/dvd_g_videoueberwachung_03.pdf

[2]<https://digitalcourage.de/videoueberwachung/materialsammlung>

[3]<https://www.baff.berlin/berliner-allianz-fuer-freiheitsrechte-fuer-die-sicherung-grundgesetzlich-garantierter-freiheit-hat-sich-gegruendet/>

[4]<http://www.fgsberlin.de/projekt-verkehrsforschung-einzelansicht/verkehrsforschung-beleuchtung-und-sicherheit>